

Gewährleistung:
Mangel muss kostenfrei geprüft werden – doch Händler kassieren ab →

Gö-Polis Göttinger Stadtmagazin

POLITIK • WIRTSCHAFT • GESELLSCHAFT • WISSENSCHAFT • KULTUR • VERANSTALTUNGEN

n • 20 Uhr Ortsrat Nikolausberg + **Politik heute:** 16.15 Uhr Ausschuss

Gefällt mir

Twittern

Post

20.08.2017 19:50

Optimiert für das Format 16:9

REDAKTION

Kurz & bündig Kultur · Wissenschaft

Kultur

Städtische Museum

Flashmob vor 488 Jahren Freier Eintritt am 24. August

pdg – Die Erinnerung an einen Flashmob vor 488 Jahren ist dem Städtischen Museum Göttingen 2017 ein freier Eintritt wert: Vor 488 Jahren, am 24. August 1529, begann mit einer Protestaktion die Reformation in Göttingen. Heute würde man es vielleicht als Flashmob bezeichnen, was damals einige Einwohner Göttingens veranstalteten: Während einer Prozession nach den Regeln des alten Glaubens sangen sie plötzlich laut in der Öffentlichkeit aus Protest Martin Luthers deutsche Kirchenlieder.

Dieses Ereignis, die dabei gesungenen Lieder und die sich daran anschließenden Veränderungen werden aktuell im Städtischen Museum Göttingen präsentiert. Als Reverenz an diese historischen Ereignisse ist am Donnerstag, 24. August, der Eintritt in die Sonderausstellung „1529 – Aufruhr und Umbruch“ von 10.00 bis 17.00 Uhr frei. Die noch bis zum Jahresende zu sehende Präsentation zeigt Göttingens kurzen Weg zur Reformation und gewährt einen abwechslungsreichen Einblick in das Göttingen jener Zeit. →

→ www.museum.goettingen.de

Wohnraummangel

Ratssitzung ganz im Zeichen der Wohnraummisere

Ganz unter dem Eindruck des in Göttingen knapper werdenden Wohnraums steht die kommende Ratssitzung am 18. August, gleich sechs Anträge befassen sich damit. Zudem lässt sich das Thema wunderbar für den beginnenden Wahlkampf instrumentalisieren, und die beteiligten Parteien machen davon auch gern Gebrauch. Besucher der Ratssitzung müssen vermutlich am Freitag über ausreichend „Sitzfleisch“ verfügen, auch wenn sich der Verwaltungsausschuss im Vorfeld darauf geeinigt hat, alle Initiativanträge zum Thema Wohnungsbau in einer „Generaldebatte“ abzuhandeln.

Dieser „schädliche Mix aus heißer Luft und unrealistischen Forderungen“, so die Christdemokraten zu den vorliegenden Anträgen, wovon sie wohlweislich den eigenen natürlich außen vor lassen, enthalte „bereits vielfach durchdiskutierte Probleme, gepaart mit unrealistischen Forderungen, die dem Wohnungsbau in Göttingen „eher schaden als nutzen würden“. Das muss man allerdings nicht teilen.

Ganz anders dagegen der Ratsantrag der CDU, meinen deren Verfasser, wobei der sich allerdings lediglich darauf beschränkt, die vom niedersächsischen Sozial- und Bauministerium für Göttingen vorgelegten und hier vielfach mit Verwunderung bis Unverständnis zur Kenntnis genommenen Zielzahlen für die Wohnraumversorgung bis zum Jahr 2030 durch den OB in Hannover korrigieren zu lassen. Der solle nach dem Willen der CDUler dort bitteschön vorstellig werden und die Ministerialen wieder auf den Boden der Realitäten zurückholen, sprich: ihnen die im Auftrag der Stadt vom Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH (GEWOS) ermittelten Zahlen schmackhaft machen (vgl. dazu weiter unten: → *Zoff um Wohnraumbedarfsplanung*).

Allerdings: Bei aller Freude der Christdemokraten darüber, dass die Genossen nun „nicht darum herumkommen, sich vom Gutachten ihrer eigenen Ministerin zu distanzieren“, wie der Begründung ihres Antrages zu entnehmen ist, er schafft noch lange keinen neuen Wohnraum oder zumindest neue Flächen dafür, sondern allenfalls die Hoffnung auf künftige Fördermittel.

Kurz & bündig Politik · Wirtschaft · Gesellschaft

Politik und Verwaltung

Verwaltung

Ausschuss- und Ortsratssitzungen

Ausschuss für Personal, Gleichstellung
und Inklusion: 21. August

Ortsrat Nikolausberg: 21. August

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft: 24. August

Ortsrat Roringen: 24. August

▶ Einzelheiten zu den Sitzungen auf [Seite 1](#)

Herberhausen

Sanierung mit Straßensperrung

pdg – Die Stadt plant für die Zeit vom 23. bis zum 25. August die Sanierung von zwei Abschnitten der Fahrbahn der Straße „An der Mühle“ im Bereich der umgebauten Bushaltestellen in dem Ortsteil. Dafür wird tageweise eine Vollsperrung für die einzelnen Abschnitte erforderlich: nach den für den 23. August vorgesehenen Fräsarbeiten am 24.08. im Bereich „Im Beeke“, am 25.08. im Bereich „Eulenloch“. Die Bewohner/innen der südlich und westlich „An der Mühle“ liegenden Straßen müssen jeweils eine Umleitung fahren. Auch die Feuerwehr Herberhausen kann während der Vollsperrung nicht aus dem Grundstück fahren.

Gemeinnützigkeit

Güntzler: Bundesfinanzhofurteil könnte Vereinsleben gefährden

Ein Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) sorgt nach Aussagen des Göttinger Bundestagsabgeordneten Fritz Güntzler für Unruhe in den Vereinen in Südniedersachsen. Einer Freimaureerloge

Stadtfriedhof**Fresken der Kapelle restauriert**

pdg – In enger Abstimmung mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege und der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt sind die Fresken der vier Evangelisten Matthäus, Lukas, Johannes und Markus in der Kapelle auf dem Göttinger Stadtfriedhof restauriert worden. Neben einer im Laufe der Jahre entstandenen Verschmutzung, waren durch Feuchtigkeit Ausblühungen, Abplatzungen und Verfärbungen entstanden, die nun beseitigt worden sind. →

Jugendliteratur 1925–1945**Uni erwirbt Privatsammlung**

pug – Mädchen- und Abenteuergeschichten, Zeitschriften und Werbeheftchen aus den Jahren 1925 bis 1945 hat eine Sammlerin zusammengetragen. Aus sozialgeschichtlichem Interesse wollte sie festhalten, welche Interessen, Gedanken und Gefühle Kinder und Jugendliche ihrer Generation geprägt haben. Nun hat die Abteilung Didaktik der Deutschen Sprache und Literatur am Seminar für Deutsche Philologie der Universität Göttingen die einmalige Privatsammlung mit 18.000 Titeln erworben. Sie ergänzt die universitäre Sammlung historischer Kinder- und Jugendliteratur und soll in Forschung und Lehre genutzt werden. →

Literatur**Bücherboxx****am Johanniskirchhof**

pdg – Nachdem die gelbe Telefonzelle in den vergangenen Jahren mehr und mehr aus dem öffentlichen Straßenbild und dem Bewusstsein vieler Menschen verschwunden ist, kehrt sie nun bis November nach Göttingen zurück – wenn auch mit anderer Nutzung. Seit Donnerstag, 27. Juli, macht eine ausrangierte Fernsprechkabine, die zu einer mobilen Straßenbibliothek umgewandelt wurde, den Johanniskirchhof zum Leseort. Die „Bücherboxx“ ist eine kostenlose Büchertauschbörse, die nach dem Prinzip „Bring ein Buch – nimm ein Buch – lies ein Buch“ funktioniert. →

Jugendtheaterprojekt**„Eine Bühne für eure Rechte“**

Da ist der SPD-Antrag, der ansonsten nur das wiederhole, „was der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, Hans Otto Arnold (CDU), bereits in der letzten Sitzung vor der Sommerpause deutlich kritisiert hatte“, schon etwas konkreter. Nicht nur Arnolds Partei nämlich kritisiert, dass die Ausweisung von fünf neuen Baugebieten nicht vorankommt, wofür man vor allem die Bauverwaltung verantwortlich macht. Die Sozialdemokraten stellen sich dem Problem allerdings nicht nur resignierend, sondern wollen der Verwaltung vielmehr konkret Beine machen, „die am 19. Mai 2016 im Bauausschuss und am 27. Juni 2016 im Verwaltungsausschuss beschlossenen Aufstellungsbeschlüsse für die Erstellung von insgesamt fünf Bebauungsplänen ... bis zum 30. November 2017 umzusetzen und die jeweiligen Vorlagen für die Beschlussfassung zur Auslegung der Bebauungspläne für die Ratssitzung am 16. Dezember 2017 zu erstellen“. Ob das angesichts immer noch knappen Personals tatsächlich helfen wird, bezweifelt Arnold allerdings: „Beim Nachtragshaushalt im November wird sich zeigen, ob aus dem bloßen Wortgeklingel konkrete Personalstellen werden.“ Sehr viel mehr als Wortgeklingel ist ein solches Gemaule allerdings auch nicht.

Piraten nehmen Verwaltung in Schutz

Ähnlich die Piraten-Partei, die ausnahmsweise mal die Verwaltung ausdrücklich in Schutz nimmt. Es bestehe von ihrer Seite jedenfalls kein Anlass zur Vermutung, die Verwaltung würde zu langsam arbeiten, meldet sie sich zu Wort. „Rechtssichere Bebauungspläne können bekanntlich nicht innerhalb sehr kurzer Zeit fertig ausgearbeitet vorgelegt werden, ohne formale Fehler zu riskieren, die solche Projekte noch viel länger hinauszögern können.“ Im Gegenteil sollten sich die Sozialdemokraten mal an die eigene Nase fassen, erinnern die Piraten an „schwerste Versäumnisse in der Wohnungsbaupolitik in Land und Bund“ unter Mitwirkung der SPD, als „jahrelang ... versäumt [wurde], vorausschauend zu planen“: „Es war auf den Tag genau bekannt, wann genau wie viele Sozialwohnungen in wie vielen Städten aus der Förderung herausfallen. Es waren Erfahrungswerte bekannt, wie viele Wohnungen pro Jahr bei stagnierender Bevölkerung dem Markt von alleine verlorengehen. Die Dimension der heutigen Probleme war schon vor 20 Jahren sehr gut zu berechnen.“ Insofern stehe die SPD heute vor den „Trümmern ihrer eigenen verantwortungslosen Wohnungs- und Sozialpolitik der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte“.

Modell Soziale Bodennutzung

Mit einem von gleich drei Ratsanträgen wollen Bündnis 90/Die Grünen verhindern, dass Wohnbauland in Göttingen zum Spekulationsobjekt wird und verweisen in diesem Zusammenhang auf Münster in Westfalen: auch dort herrsche Wohnraummangel und entsprechend attraktiv sei es, diesen zu schaffen, da sich auch hochpreisige Immobilien bestens vermieten lassen. „Gebraucht wird aber vorwiegend sozialer und bezahlbarer Wohnraum – der sich wiederum für die Investoren kaum rechnet“, erläutert Grünen-Mitglied Dagmar Sakowsky. „Daher hat die Stadt Münster als eine der ersten Kommunen in Deutschland zum Instrument der Sozialen Bodennutzung gegriffen. Gebaut werden darf nur dort, wo die Flächen der Stadt gehören, wo die Eigentümer die Hälfte der Fläche an die Stadt veräußern oder wo sie sich vertraglich dazu verpflichten, eine Zielvereinbarung zu treffen.“

Analog des Münsteraner Modells wollen auch die Grünen eine soziale und ökologische Bodennutzung für Göttingen fordern. Die Stadt soll sich verpflichten, auf eigenen Flächen 60 Prozent bezahlbaren Geschosswohnungsbau zu realisieren und sie soll keine Bauanträge von Investoren genehmigen, die nicht wenigstens 30 Prozent Wohnraum in dem Segment vorsehen. Dazu soll eine Richtlinie für städtebauliche Verträge erarbeitet werden, in

Frauen von der Mitgliedschaft ausschließt, wurde die Gemeinnützigkeit abgesprochen. Der BFH teilt mit, dass das Urteil sich auch auf Vereine auswirken könnte, die die Gemeinnützigkeit in Anspruch nehmen, aber wie z.B. Schützenbruderschaften, Männergesangsvereine oder Frauenchöre Männer oder Frauen ohne sachlichen Grund von der Mitgliedschaft ausschließen.

Die Verantwortlichen und viele tausend Mitglieder fragten sich, ob sie auch weiterhin von Steuervorteilen profitieren könnten. „Ich habe daher den niedersächsischen Finanzminister angeschrieben und ihn gebeten, durch das Ministerium prüfen zu lassen, inwieweit das Urteil auf andere Vereine mit ausschließlich weiblicher oder männlicher Mitgliedschaft Auswirkungen haben könnte“, so Güntzler. Er weist darauf hin, dass das Schützenwesen und das Kneipen sogar auf der Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes stehen.

NDR-Soundcheck-Festival**SPD und Grüne für höhere Zuschüsse**

Das rot-grüne Mehrheitsbündnis im Rat der Stadt Göttingen spricht sich für eine „dauerhafte Absicherung des NDR 2 Soundcheck-Festivals über 2017 hinaus“ aus und hat dies auch so im Haushalt 2017/18 verankert. Das nicht zuletzt auch durch den Gebührenzahler finanzierte Festival sei „ein großer Erfolg und ein immenser Imagegewinn für Göttingen“ und trage zur Vielfalt des kulturellen Lebens in unserer Stadt bei, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ellen Fischer-Kallmann. „Ab 2018 muss diese Kostenbeteiligung erheblich angehoben werden. Für uns ist das gut investiertes Geld, das auch der heimischen Wirtschaft zu Gute kommt“, erklären Fischer-Kallmann und Kollege Thomas Harms von den Grünen gleichlautend. Auf der anderen Seite fehlen in der Stadt immer noch genügend Hortplätze. Es wäre mindestens ebenso gut investiertes Geld.

Breitensport**Grüne halten an Parkour- und Bikesportanlage fest**

Auch wenn die anfangs in Aussicht gestellte 90-prozentige Förderung mit der Feststellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Göttinger Haushaltes auf eine maximale Förderquote von 45 Prozent verringert hat, so sind die Grünen im Rat dennoch davon überzeugt, dass Göttingen eine Parkour- und Bikesportanlage braucht, so Sportausschussmitglied Sabine Morgenroth. „Damit“, so Morgenroth, „treffen die GRÜNEN eine klare Aussage hinsichtlich des Nachtragshaushalts für 2017/2018.“ Die Anlage soll am Schützenplatz als Erweiterung der dortigen Sportarena entstehen. Die Grünen-Fraktion möchte darüber hinaus möglichst in allen Teilen der Stadt Bewegungsmöglichkeiten vorhalten.

Otto-Hahn-Gymnasium**SPD fordert Zwischenbericht zur Perspektivplanung****Grüne unterstützen OHG-Erweiterung**

In einem Schreiben an die Stadtverwaltung hat die



Noch in dieser Spielzeit startet ein Jugendtheaterprojekt des Instituts für angewandte Kulturforschung e.V. (ifak) in Zusammenarbeit mit dem Jungen Theater mit dem Titel „Eine Bühne für eure Rechte“.



Vor 25 Jahren ratifizierte Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention. Dies nimmt das ifak zum Anlass, ein Theaterprojekt mit Jugendlichen zu Kinder- und Menschenrechten zu organisieren. Kinderrechten eine Bühne zu geben und damit diesem wichtigen Thema mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, ist das Anliegen, das das Institut zu diesem Projekt inspirierte und das von einem breiten Bündnis Göttinger Organisationen und Initiativen unterstützt wird. Mit einem Workshop, einem Theaterwettbewerb und einer Ausstellung sollen die teilnehmenden Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren Gelegenheit bekommen, die Thematik kreativ mit Leben zu füllen.

Am Ende locken u.a. ein Auftritt im Jungen Theater für die vier Finalisten des Theaterwettbewerbs, eine Berlinfahrt für die beiden besten Gruppen des Finales und ein Theaterworkshop beim Jungen Theater bzw. Theaterkarten für eine Aufführung des Jungen Theaters Göttingen für die dritt- und viertplatzierten Gruppen.

► Mehr zum [Wettbewerb](#) und zum [Workshop](#) über die Links.

Wissenschaft

Medizin

Neues Verfahren für die Sinnesforschung

umg – Forscher der Universitätsmedizin Göttingen und des Italienischen Instituts für Technologie entwickeln neues Verfahren für die Sinnesforschung: Aus den Reaktionen von

denen diese und weitere ökologische und soziale Kriterien der städtischen Quartiersentwicklung berücksichtigt sind.

Erwartungsgemäß am weitesten geht die Göttinger Linke mit ihrem Antrag zum Göttinger Wohnungsbau. Sie will eine Mindestquote für den Sozialen Wohnungsbau festgeschrieben wissen, beim Bau ab 25 Wohnungen oder ab 2500 Quadratmetern Wohnfläche sollen mindestens 30 Prozent davon im öffentlich geförderten Wohnungsbau errichtet werden. Für Wohnprojekte mit 100 und mehr Wohneinheiten sollte sogar eine Quote von 50 Prozent angestrebt werden, meint sie. Und: die Laufzeit der Sozialbindung sollte nicht unter 30 Jahre betragen.

Würde man diesem Antrag folgen und für fast alle Wohnungsbauvorhaben feste Quoten für eine Sozialbindung festgeschrieben, so würde das den Wohnungsbau „eher abwürgen als beflügeln, zumal kein Mensch weiß, ob und wie Land und Bund solche Projekte fördern werden“, erklärt Carina Hermann (CDU), Mitglied des Bauausschusses. Das allerdings könnte man in Erfahrung bringen oder auch darauf hinarbeiten.

So bleibt es vor allem bei übergreifender Nörgelei der Christdemokraten gegenüber allen anderen Anträgen. Doch Nörgelei allein bringt nichts auf den Weg. Und konstruktiv ist sie auch nicht.

SozialCard

SPD: Überarbeitung dringend geboten Ergänzende Informationsbroschüre

Die SozialCard sollte nach Ansicht der Sozialdemokraten im Rat um neue Angebote erweitert werden. Einen entsprechenden Antrag wollen sie zur Ratssitzung am 18. August einbringen. Mit ihr können Kinder und Erwachsene in einer schwierigen Lebenslage viele Angebote, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport und Kultur, ermäßigt oder kostenlos nutzen.

Nach Ansicht der sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Insa Wiethaup, sei die Karte ein Erfolgsprojekt „und soll es auch bleiben“, eben deshalb fordert sie eine Überarbeitung und Aktualisierung der damit verbundenen vergünstigten Angebote. Mobilität und Teilhabe sei ein wichtiges sozialpolitisches Ziel. „Diesem können wir mit einer verbesserten SozialCard sowie dem zum 1. August bereits eingeführten Sozialticket ein gutes Stück näherkommen“, ergänzt der Sozialausschussvorsitzende Dr. Klaus-Peter Hermann.



Hermann (Abb.) fordert zudem, gemeinsam mit der SozialCard eine neu zu erstellende Informationsbroschüre allen Empfängern von Transferleistungen automatisch mit dem ersten Bescheid auszuhändigen. In dieser SozialCard-Broschüre sollten alle wichtigen Informationen übersichtlich zusammengestellt sein, um die in Göttingen verfügbaren Angebote und Möglichkeiten auch nutzen zu können. Damit auch alle profitieren können, sollte nach Vorstellung der SPD die SozialCard-Broschüre nicht nur in unterschiedlichen Sprachen, sondern auch in leicht verständlicher Sprache erhältlich sein.

Ratsfraktion um die Ergänzung der Tagesordnung für die kommende Sitzung des Schulausschusses am 31. August gebeten. Thema soll ein Zwischenbericht zur Perspektivplanung für das Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) sein. „Am OHG fehlen in den nächsten Jahren 16 Klassenräume. Die Verwaltung ist aufgefordert, bis zur Aufstellung des Nachtragshaushaltsplans 2018 eine räumliche Perspektivplanung für das OHG vorzulegen, die auch kurzfristige Entlastungen für das OHG berücksichtigt. Dabei sollen auch mögliche bauliche Maßnahmen geprüft werden“, so der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Tom Wedrins. Aus Sicht der Sozialdemokraten ist es erforderlich, einen Zwischenbericht der Verwaltung über die Prüfung der Behebung der Raumnot am Otto-Hahn-Gymnasium zu erhalten. „Wir möchten gerne auf dem aktuellen Stand der Prüfungen gebracht werden, damit wir Schülern, Lehrern und Eltern Auskunft geben können“, erklärt Frauke Bury, die Schulausschussvorsitzende. In der Diskussion um die Raumnot am Göttinger Otto-Hahn-Gymnasium fordert der Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen eine rasche und klare Entscheidung: „Bildungspolitische Ansprüche an Qualität und Ausstattung dürfen nicht nur bloße Absichtserklärungen bleiben. Auf die erkennbare Notlage des Otto-Hahn-Gymnasiums muss mit einem entsprechenden Beschluss des Rates der Stadt reagiert werden. Fraktionen und der Oberbürgermeister müssen die finanzielle Grundlage für einen An- oder Neubau schaffen“, fordert Dirk-Claas Ulrich vom Grünen-Stadtverband. „Rein technokratische Lösungen der Verwaltung, wie die Auslagerung in die benachbarte Berufsschule, sehen nur auf dem Papier ganz glänzend aus“, kritisiert er. „Sie ignorieren aber jegliche pädagogische Notwendigkeiten sowie gewachsene und erfolgreiche Konzepte, die den individuellen Ansprüchen der vielfältigen Schülerschaft seit Jahren gerecht werden.“ Jede Investition in die Grundausstattung unserer städtischen Schulen könne bei wachsenden Schülerzahlen in keinem Fall verschwendetes Geld sein.

Amtsblatt Nr. 14 Haushaltssatzung / Bebauungsplan Weende

pdg – Die Genehmigung des neuen Flächennutzungsplans der Stadt ist Thema in der 14. Ausgabe des Amtsblatts für die Stadt Göttingen in diesem Jahr. Ebenfalls veröffentlicht werden u.a. die geänderte Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet Leinetal und der Ratsbeschluss zum neuen Landschaftsplan der Stadt – beide beschlossen durch den Rat der Stadt im Mai dieses Jahres. Um die Veröffentlichung von Satzungen für den Haushalt der Stadt Göttingen in den Jahren 2017 und 2018 sowie über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Göttingen-Weende Nr. 7 (1. Änderung „Zwischen Hannoverscher und Rudolf-Diesel-Straße“) ging es in der 13. Ausgabe des Amtsblatts.

Das Amtsblatt ist kostenlos im Info-Büro im Neuen Rathaus, im Alten Rathaus in der Stadtbibliothek sowie in den Verwaltungsstellen Geismar, Grone und Weende erhältlich und im Internet unter www.goettingen.de →Rathaus & OB →Ratsrats & Ortsräte →Amtsblatt zu finden.

